

Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928 — 1933 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 61), Droste Verlag, Düsseldorf 1978, 313 S., Pb., 72 DM.

Seit einiger Zeit suchen regionalgeschichtliche Untersuchungen über den Aufstieg der NSDAP an überschaubaren Beispielen die bereits zahlreich vorliegenden generalisierenden Analysen zu dieser Bewegung durch speziellere sozialökonomische Forschungen zu überprüfen und zu konkretisieren. Dabei standen bisher insbesondere Bayern, das Stammland des Nationalsozialismus, und der agrarische Norden mit den auffallenden frühen Wahlerfolgen der NSDAP im Vordergrund der Beachtung. Auch die Arbeit Schaaps leitet ihr Erkenntnisinteresse von der Tatsache ab, daß der Kleinstaat Oldenburg mit seinen knapp 550 000 Einwohnern als erstes Land des Deutschen Reiches seit Juni 1932 eine rein nationalsozialistische Regierung hatte. Im Kontrast zu Jeremy Noakes Arbeit über den Aufstieg der NSDAP im Gebiet des heutigen Niedersachsens, die auch den Freistaat Oldenburg mit einbezogen hatte, verfolgt Schaap jedoch weniger den Aufstieg und die Entwicklung der nationalsozialistischen Parteiorganisation bis zur sog. Machtübernahme 1933, wobei das soziale Umfeld nur als Hintergrundfolie erscheint. Er gibt vielmehr einen Abriß der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung seit Mitte der zwanziger Jahre sowie einen ausführlichen statistischen Überblick über die Bevölkerungs- und Betriebsstrukturen. Signifikantes Ergebnis dieser Analyse ist, daß in allen Wirtschaftsbereichen die Klein- und Mittelbetriebe vorherrschten und daß die soziale Gliederung Oldenburgs nach derjenigen Waldecks die höchste Quote von kleinen Selbständigen im Reichsgebiet aufwies. Diese Schichtungsanalyse wird dann mit den Wahlstatistiken in Beziehung gesetzt, und dabei bestätigt Schaap im wesentlichen die von Noakes, Schön, Heberle, Wulf u. a. vorgelegten Ergebnisse, die auch bereits auf den Zusammenhang von Agrarkrise und Abkehr der ländlichen Gesellschaft von ihrem traditionellen Wählerverhalten hingewiesen haben. Schaap kann allerdings noch einige Variablen präzisieren, die sich aus den Besonderheiten der wirtschaftlichen Struktur Oldenburgs ergaben: Während die Marschbauern der nördlichen Gebiete vor allem Rindviehmast und Milchwirtschaft betrieben, lebten die Geestbauern im südlichen Münsterland vor allem von der Schweinezucht. Von der beginnenden Agrarkrise nach 1928 wurden diese Gebiete zunächst unterschiedlich getroffen, da die Absatzschwierigkeiten und der Preisverfall zuerst bei den Veredelungsprodukten aus dem Norden begann. Außerdem fielen die Grenzen der Agrarstruktur in etwa mit den konfessionellen Grenzen zusammen, so daß der katholische Süden des Freistaates sowohl von der Wirtschaftslage her wie auch durch die Bindung an das Zentrum zunächst gegen die in anderen Regionen auszumachende Radikalisierung relativ resistent blieb.

Erst die Verschärfung der Krise nivellierte die ökonomischen Schwierigkeiten der beiden Landesteile, die durch die Brüning-Politik noch verstärkt wurde, als die Notverordnungen auch eine Änderung des Finanzausgleichs zu Lasten der Länder und namentlich den Abbau von Zuschüssen an die Kleinstaaten brachte, so daß von dem wirtschaftsfreundlichen Beamtenministerium Oldenburgs ausgerechnet in der Krise die landeseigenen Realsteuern erhöht werden mußten, um die Löcher im Etat zu stopfen. Jetzt ebneten sich auch die konfessionellen Widerstände ein, aber zunächst richtete sich die wachsende Protestbewegung noch unorganisiert gegen die Berliner Regierung, zumal diese auch noch die getreideanbauende ostdeutsche Großlandwirtschaft durch Futtermittelzölle, Umschuldungen etc. zu fördern begann. Hier setzte nun die Agitation der NSDAP ein, deren Bedeutung so unscheinbar gewesen war, daß sie bisher für spektakuläre Auftritte um Redner von der Reichsleitung bitten mußte. Gezielt auf das Sekuritätsdenken und die Ressentiments des oldenburgischen Mittelstandes gerichtet, betonte die regionale Parteiführung ihre Absicht, nur auf »legalem Wege« den neu-

en Staat aufbauen zu wollen, wobei sie sich insbesondere als Garant der vermeintlich von Berlin her bedrohten staatlichen Selbständigkeit der kleinen Länder aufbaute. Offenbar hatte diese Taktik Erfolg, denn bereits bei den Reichstagswahlen 1930 erhielt die Partei mit knapp 28 Prozent den höchsten Stimmenanteil auf Landesebene und wurde damit zur stärksten Partei in Oldenburg. Bedeutsam ist allerdings, daß dieser Wahlsieg nur durch enorme Stimmengewinne im Norden möglich wurde, wo die NSDAP teilweise bis zu 60 Prozent der Stimmen erhielt, während im südlichen Münsterland kaum 4 Prozent der Wähler ihre Stimme für die Partei abgaben. Erst bei den Landtagswahlen im folgenden Jahr gelangen den Nationalsozialisten nennenswerte Einbrüche im Süden. Obwohl sie mit 37 Prozent so viele Stimmen erhielten wie noch keine Partei zuvor, zeigten sie nur wenig Interesse an der politischen Verantwortung. Offensichtlich war, daß die Partei von ihrem Erfolg sichtlich überrascht war; außer denunziatorischer Propaganda konnte sie den Wählern nichts anbieten. Charakteristisch war auch das Verhalten des Gauleiters Carl Röver, der ein Regierungsamt für sich ablehnte, da er kein »Bonze« werden wollte.

Dem so weiter amtierenden Beamtenministerium blieb damit die Aufgabe überlassen, einerseits die nach einer neuen Notverordnung vorgesehene Kürzung der Beamtgehälter vorzunehmen, die die Beamtenverbände aufbrachte, und andererseits die Defizite der Gemeindefinanz unter wachsenden Protesten der Bevölkerung durch Steuererhöhungen auszugleichen, nachdem die Arbeitslosenfürsorge des Reiches herabgesetzt worden war und die Krisenfürsorge die Gemeindehaushalte immer stärker belastete.

Nahezu »zwangsläufig« mußten die Bauern, so Schaap, an einem System irre werden, das zur gleichen Zeit eine Umsatzsteuererhöhung durchführte und dabei die Getreideerzeugnisse ausnahm, was allein den ostelbischen Getreideanbau begünstigte. Nicht nur die drohende Existenzgefährdung, sondern auch die offenkundige soziale Ungerechtigkeit trieb jetzt die Bauern in Scharen der NSDAP zu.

In vorzeitigen Landtagswahlen von 1932 errang die NSDAP so nochmals einen überwältigenden Sieg; mit absoluter Mehrheit zog sie in den neuen Landtag ein und konnte sich damit auch nicht mehr der Regierungsverantwortung entziehen wie bisher. Detailliert beschreibt Schaap die chaotischen Zustände unter dem neuen Ministerpräsidenten Röver, der offensichtlich nur widerwillig auf Druck Hitlers dieses Amt übernommen hatte. Und tatsächlich hatte die erste reine NS-Regierung im Reich bereits nach wenigen Wochen die in sie gesetzten Hoffnungen gründlich enttäuscht: Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 mußte die NSDAP in Oldenburg im Gegensatz zum übrigen Reichsgebiet bemerkenswerte Verluste hinnehmen, ein Trend, der sich noch im November 1932 verstärkte. Nutznießer dieser Entwicklung war vor allem die DNVP, die sich bislang als »geborener Bundesgenosse« der NSDAP dargestellt hatte und die jetzt erstmalig einen offenen Konfrontationskurs steuerte.

Im wesentlichen bestätigt Schaaps Untersuchung die bisher vorliegenden Forschungsergebnisse. Sie verdient jedoch besondere Aufmerksamkeit, weil sie am Beispiel eines kleinen Gebietes mit seiner heterogenen agrarischen und auch konfessionellen Struktur die Determinanten der Radikalisierung in der Bevölkerung, die Erfolge der Nationalsozialisten sowie deren Unfähigkeit an der Macht und die darauf sogleich erkennbare Abkehr von großen Teilen ihres Wählerstamms zu präzisieren vermochte. Eine partielle Straffung, insbesondere der Verzicht auf die Darstellung bekannter Tatsachen aus der Reichspolitik, und einige tabellarische Übersichten anstelle der sehr breiten Wahlinterpretationen im Text, hätten womöglich die Prägnanz dieser sorgfältigen Detailstudie noch etwas erhöhen können.

Claus-Dieter Krohn